



Inhalt

Welternährung zwischen bäuerlicher Hauswirtschaft und Exportlandwirtschaft

Zur Bedeutung der Eigenarbeit für die Ernährungssicherheit

Elisabeth Meyer-Renschhausen

Bäuerliche Selbstversorgung	2
Traditionelle Anbauformen und moderne "Urban Agriculture"	3
Kostenneutrale Selbsthilfelandwirtschaft von Frauen	3
Armut und Entwicklung	4
Zahlen und Ursachen	5
Die FAO, Food and Agriculture Organisation	6
Exportlandwirtschaft und die Folgen	6
Die Weltbank, der IWF und die Strukturanpassungsmaßnahmen	7
Die Welthandelsorganisation WTO	8
Privatisierungen öffentlicher Güter, GATS und TRIPS	9
Unmittelbare Lebensmittelhilfen und Hungerprävention	10
Die kommenden Konflikte und die neue Bodenfrage	11
Ausblick	12
Fragen	13
Literatur	13
Einschlägige Internetseiten	16
Endnoten	17
Über die Autorin	17
Kontakt	18



Welternährung zwischen bäuerlicher Hauswirtschaft und Exportlandwirtschaft Zur Bedeutung der Eigenarbeit für die Ernährungssicherheit

Elisabeth Meyer-Renschhausen

Bäuerliche Selbstversorgung

Jeder sechste Mensch verdient nicht genug Geld, um Lebensmittel kaufen zu können. Wahrscheinlich sind es mehr. Genau weiß man es nicht. Zwei Drittel der Mittellosen sind Frauen mit Kindern. Die meisten von ihnen leben als Bäuerinnen und Bauern oder Nomaden im ländlichen Raum. Sie sind Selbsthilfe gewöhnt, da Haus- und Subsistenzwirtschaft in ihrer "Ökonomie des Ganzen Hauses" zusammen gehören. Unter den von Gartenbau lebenden Menschen in den Ländern des Südens, sind es in der Regel die Frauen, die die Hauptarbeitslast tragen. Es gilt als selbstverständlich, dass die Frauen - von ihren Männern dabei eher nur unterstützt - die Lebensmittel für ihre Küche selbst anbauen. Kleinbäuerinnen und -bauern in den Ländern des Südens sind Selbstversorger, die ihre Überschüsse auf lokalen Märkten verkaufen. Sie verstehen es, sich und ihre Familien aus winzigen Grundstücken mittels mehrstöckigen Gartenbaus gut zu ernähren.

Ihre Form der Landwirtschaft gerät jedoch zunehmend unter den Druck des internationalen Handelssystems. Die von Institutionen wie der Weltbank, dem Internationalen Währungsfond (IWF) und nicht zuletzt der Welthandelsorganisation (WTO) vorangetriebene Liberalisierung des Welthandels führt zu einer Marginalisierung kleinbäuerlicher Subsistenzwirtschaft. Folgen sind zunehmender Hunger und eine wachsende Landflucht in den Ländern des Südens.

Doch auch in den Städten wissen viele Menschen noch, wie man mit einem Stück Gartenland eine Familie ernähren kann. Sie sind damit Teil einer weltweiten Bewegung, die sich im Zuge einer neuen "Urban Agriculture" (städtischen Landwirtschaft) selbst zu helfen weiß. Wahrscheinlich wurde schon immer in den Städten auf Brachgrundstücken Landwirtschaft betrieben. Aber in den 90er Jahren erfuhr die neue soziale Bewegung des "Community Gardening", des städtischen Gemüsebaus einen zweiten Entwicklungsschub, wurde plötzlich sichtbar und weitete sich aus. Seither versteht sie sich - besonders in den Armenvierteln der nordamerikanischen Städte - als bewussten Beitrag zur weltweiten

Selbsthilfe. Auf Demonstrationen gegen die Ungleichbehandlung des Südens gegenüber dem Norden wie z.B. bei den Protesten gegen die Politik der WTO 1999 in Seattle trafen die neuen "City Farmers" der Städte des Nordens vielleicht erstmals mit den Kleinbauern aus den Ländern der Dritten Welt zusammen.

Heute gibt es in Nordamerika etwa 18.000 derartiger Nachbarschaftsgärten, die zu etwa zwei Dritteln von Frauen bestellt werden. In den USA und in Kanada sind in fast allen großen Städten "City Farmers" aktiv, die sich gegenseitig mit Tipps zu einem möglichst völlig kostenlosen Gartenbau versorgen bzw. Samen und Pflanzen oder die Überschüsse der Ernte verschenken. Ein Symbol der Unabhängigkeit von der Geldwirtschaft, der neuen Autonomie der "Green Guerillas", wie sich die ersten dieser neuen Hortikulturalisten in den 70er Jahren in New York City nannten, ist eine bewusste Kreislaufwirtschaft. Große selbstgebaute Kompostbehälter zieren jeden Nachbarschaftsgarten. Eine neue Begeisterung für die Möglichkeit, sich und anderen aus eigenen Kräften durch einen nachhaltigen Gemüseanbau helfen zu können, finden wir zunehmend häufiger in vielen Städten und Landstrichen auf der Welt.

Im Folgenden soll daher zunächst aufgezeigt werden, unter welchen vielfältigen Bedingungen landwirtschaftliche Subsistenzwirtschaft praktiziert wird und welche geschlechtsspezifischen Implikationen damit verbunden sind. So gilt nicht nur in Asien das weibliche Geschlecht als für die Gesundheit der Familie zuständig. Überall auf der Welt setzen sich mehrheitlich Frauen für die Umstellung auf gesunde Lebensmittel ein. Frauen ernähren die nachfolgende Generation zunächst vom "eigenen Fleisch" und stillen ihre Neugeborenen, bevor sie sie mit Brei füttern. In vielen Religionen wird die fruchtbare Erde, die die Menschen ernährt, analog zum Vermögen der Frau, Kinder zu bekommen, als "Pacha Mama", "Mutter Erde" verstanden. Im Mittelalter galt auch in Europa noch die Analogie von Frau und Erde. Wegen der Ähnlichkeit zwischen dem Leben geben und dem Füttern, ist in den meisten Gesellschaften das Kochen weiblich konnotiert und die Frauen gelten als die Ernährerinnen ihrer Familien. Die ambivalente Macht



der Köchin wird in zahlreichen Gesellschaften dadurch symbolisiert, dass das weibliche Geschlecht, in dessen Obhut das Bekochen der Familien liegt, sich zuletzt zu Essen nimmt. Wenn Hunger herrscht, trifft er infolgedessen - wie vor allem in Südasien in den letzten Jahrzehnten - die Frauen in besonderem Maße. Neben den Auswirkungen von symbolischen Handlungen in, muss jedoch in einem Artikel über Welternährung vor allem danach gefragt werden, in welchem Spannungsverhältnis die weiblich geprägte Selbstversorgerwirtschaft in den Ländern des Südens zu den internationalen Finanz-, Handels- und Entwicklungsinstitutionen steht und welche Folgen deren Politik und Wertschätzungen für die bäuerliche Produktion und Ernährungslage der Armen des Südens hat.

Traditionelle Anbauformen und moderne "Urban Agriculture"

In Afrika südlich der Sahara sind die Frauen für die Ernährung zuständig. Sie bauen in pflugloser Landwirtschaft an, was sie für sich und ihre Familie brauchen. Die Überschüsse verkaufen sie auf den örtlichen Märkten, um Geld für Investitionen und die Bildung der Kinder zu erhalten. Dort, wo die Menschen den Zugang zum Land durch koloniale oder postkoloniale Bodenbesitzkonzentration verloren haben, betreiben sie "wilde" oder "illegale" Landwirtschaft.

Ein Beispiel für die Marginalisierung weiblicher Agrararbeit in der Landwirtschaft findet sich in Kenia. Nachdem es 1895 zum britischen Protektorat erklärt worden war, wurden die einheimischen Bauern in Reserven gedrängt, damit Weiße ihr Land kaufen konnten. Erst in den 1950er Jahren wurde es auch der lokalen Bevölkerung gestattet, Boden zu kaufen. Obwohl die Frauen die Hauptbetreiberinnen der Landwirtschaft waren, stand es nach damaligem britischem Recht nur den Männern zu, als "Familienvorstände" Land zu erwerben. Durch die mit den Reformen verbundene Privatisierung von Land verloren viele Frauen ihre traditionellen Nutzungsrechte und es kam zu einer Marginalisierung ihrer Selbstversorger-Landwirtschaft. Die Folge dieser Entwicklungen ist die Unterversorgung der Landbevölkerung mit Nahrungsmitteln. Überall sieht man landlose die Randstreifen der Landstraßen beackern. Und obwohl die Frauen weiterhin den Hauptteil der Arbeit erledigen, geht der Erlös aus der kommerziellen Landwirtschaft in die Taschen ihrer bereits in die Städte

abgewanderten lebenden Ehemänner. Das ist insofern problematisch, als sich Männer traditionellerweise für die Ernährung ihrer Familien nicht zuständig fühlen. Den Frauen bleibt zu wenig Land und Zeit, um sich die Ernährung ihrer Familien kümmern zu können.

Die in die Millionenstadt Nairobi abwandernde Landbevölkerung findet dort nur zu einem sehr kleinen Teil Lohnarbeit. Von den 2 Millionen Einwohnern arbeiten knapp zwei Drittel für Niedrigstlöhne, die Hälfte von ihnen im Informellen Sektor. Weil das keine ausreichenden Verdienste zur Ernährungssicherung erbringt, betreiben vor allem Frauen, aber auch Männer wilde Landwirtschaft auf den unbebauten Flussufern oder Müllplätzen, entlang von Eisenbahnschienen oder mitten auf den zentralen Plätzen der Städte. In den 70er Jahren empfand man seitens der Stadtverwaltung Nairobis den wilden Ackerbau als "Schandbild" für die Stadt und ließ ihn durch Bulldozer beseitigen. Seit der schweren Krise Kenias in den 80er Jahren wurden die Gärten jedoch als "small scale enterprises" offiziell anerkannt. Auch in Ghana und anderswo wurden Regierungsbeauftragte für städtische Landwirtschaft eingestellt. Angesichts des grassierenden Müllproblems sehen die Stadtverwaltungen "Urban Agriculture" heute als Möglichkeiten, dem Abfallproblem und damit auch dem Hygieneproblem Herr zu werden. Zudem wirkt die städtische Landwirtschaft dem Hitzestress in den Städten entgegen. (Streffeler 2000, 2002).

Kostenneutrale Selbsthilfelandwirtschaft von Frauen

So günstig die "grüne Revolution" für einige Bauern des Südens anfangs war, hat sie sich für die Mehrheit der Kleinbauern auf Dauer als zu teuer erwiesen. Außerdem hat sie erheblich zur Bodenzerstörung beigetragen und viele Landwirte in die Schuldenfalle getrieben.

Mit ökologischem Anbau können Kleinbäuerinnen - die Mehrheit der Kleinbauern weltweit ist weiblich - ihre Erträge hingegen erheblich steigern, ohne sich beim Einkauf von Dünger und Pestiziden verschulden zu müssen (Meadows, 1972). Daher geht es neueren Entwicklungsprojekten darum, durch Umstellung auf eine ökologische Landbewirtschaftung eine kostenneutrale Landwirtschaft zu ermöglichen. Überall auf der Welt entstehen nun ökologische Selbsthilfe-Projekte, in denen Kleinbäuerinnen darin geschult werden, sich mit



gegenseitiger Unterstützung auf eine bodenschonende Landwirtschaft umzustellen. Ziel dieser Projekte ist zum einen die Ernährungssicherung der Dorfbevölkerung trotz sich verschlechternder Umweltbedingungen und zum anderen, die Menschen in die Lage zu versetzen, Überschüsse für den Verkauf zu erwirtschaften.

Das englische Agrarministerium ließ im Jahr 2000 von 208 Umstellungsprojekten 96 genauer untersuchen. Im Rahmen dieser Projekte bearbeiteten Millionen von Bäuerinnen und Bauern eine durchschnittliche Fläche von lediglich 1,4 Hektar. Der Wechsel zu umweltschonenden Anbaumethoden ermöglichte ihnen eine Steigerung ihrer bisherigen Nahrungsproduktion von 2,33 Tonnen pro Haushalt und Jahr auf 4,04 Tonnen. Diese deutlich höheren Ernten schlugen sich in einschlägigen Statistiken nicht nieder, da sie von den Betroffenen an Ort und Stelle größtenteils sofort selbst wieder konsumiert wurden (Ernährung sichern 2001, 37-39).

Beispielsweise entstand in Bangladesch vor 20 Jahren nach einer großen Überschwemmung die organisierte Bewegung für ökologischen Landbau "Nayakrishi Andolon", an der heute Tausende von Kleinbäuerinnen und -bauern beteiligt sind. Die Schuldennot der Bauern nach einem besonders extremen Hochwasser hatte die Notwendigkeit einer kostenneutralen Landwirtschaft deutlich gemacht. Da Frauen traditionell für die Gesundheit ihrer Familien zuständig sind, wurden sie zu den Anführern der neuen Bewegung. Frühere Erfahrungen mit Erkrankungen durch Agrargifte führten dazu, dass die Nayakrishi-Bewegung jeden Gebrauch von Pestiziden ablehnt. (Seitdem können die Landlosen, zumeist arme Frauen, auch wieder Wildgemüse vom Wegesrand sammeln, das in Zeiten des Pestizideinsatzes dort nicht mehr wuchs.) Die Aktivistinnen von Nayakrishi richteten insbesondere gemeinsame Saatgutsammelstellen ein, um sich vom Zwang, Samen kaufen zu müssen, zu befreien.

Auch in anderen Ländern des Südens entstanden zur Abwehr der Folgen von Saatgutmonopolen lokale Samenbanken. In Indien sammelt eine ebenfalls von Frauen initiierte Gruppe namens Navdanya indigenes Saatgut für die örtlichen Bauern. Navdanya besitzt heute in sechs indischen Bundesstaaten 16 gemeinsam verwaltete Saatgutbanken und Tausende von Mitgliedern. Die damit angestoßene Kampagne "Keep your hands from our seeds" hat die Bewegung der "Globalisierung

von unten" – weltweit sichtbar erst seit dem Treffen von Tausenden Globalisierungskritikern in Seattle beim WTO-Gipfel Ende 1999 – angestoßen, als eine internationale soziale Bewegung, die sich gegen zunehmende Ungleichheiten zwischen dem Norden und dem Süden richtet.

Armut und Entwicklung

Seit Mitte der 1960er Jahre hat sich der Gegensatz zwischen arm und reich auf der Erde mehr als verdoppelt. Nach Angaben der Weltbank verfügen heute 23 % der Menschheit über weniger als einen Dollar pro Tag. Sie gelten damit als extrem arm. Aber der Armutsbegriff der Weltbank definiert Armut in Anlehnung an das durchschnittliche Bruttosozialprodukt der industrialisierten Länder (Rahnema, 1993, 16-46)¹. Die Lebensform von Selbstversorgerbauern wird nicht mit einbezogen, Nomaden und Bauern werden, wenn sie Tauschwirtschaft betreiben, zu Armen erklärt, die der Entwicklungshilfe bedürftig sind. De facto wird durch diese Armutdefinition die bäuerliche Lebensart zu einer primitiven Lebensform deklariert. Die Semisubsistenzlandwirtschaft der Bäuerinnen Afrikas, mit der sie sich und ihre Familien ernähren und lokale Märkte bedienen, wird so gewissermaßen zu einem "Armutzeugnis" herabgewürdigt.

Der monetäre Armutsbegriff erlaubt es der Weltbank, den so genannten "Entwicklungsländern" Entwicklungshilfen aufzuzukrieren, die in zahllosen Fällen das Selbsthilfepotential des armen Teils der Bevölkerung, welches sich größtenteils aus Frauen und Kindern zusammensetzt, ignoriert. Ethnologischen Studien erbrachten beispielsweise, dass das Sammlervolk der Dobe-!Kung-Busch-Leute in der Kalahari noch Mitte des 20. Jahrhunderts ohne Geld gut leben konnten. Mit zwei Stunden täglicher Sammelarbeit konnten die Kung-Frauen, die ein großes Pflanzenwissen hatten, vier Fünftel des Nahrungsbedarfs decken und sich sowie ihre Familien ausreichend und abwechslungsreich ernähren (Lee et.al., 1968). Die eigentlichen Überflusgesellschaften sind die "Steinzeit-Gesellschaften", setzt daher Marshall Sahlins dem Knappheitspostulat der Ökonomen entgegen. Er hält es für hochgradig problematisch, dass man sich seitens der reichen Länder anmaßt, die Lebensweise traditioneller Gesellschaften mittels des Knappheits-Theorems der heutigen Ökonomie zu verurteilen.



Da man seitens der Weltbank heute eingesehen hat, dass Armut etwas Relatives ist, operiert sie heute mit einem "food adequacy standard" als Armutsindikator. Danach gilt als arm, wer mehr als 70% seines Einkommens für Lebensmittel ausgeben muss (Nohlen 1991, 57f). Problematisch ist an dieser Definition wiederum, dass sie Wildbeuter, Nomaden, Fischer und Kleinbauern von vornherein als "arm" definiert und ihnen damit indirekt das Recht auf ihre Lebensform abspricht. So dient der Armutsbegriff der Weltbank als Legitimation für eine Intervention im Sinne einer angeblich positiven Entwicklung, die in den letzten dreißig Jahren fast immer einen Teil der jeweiligen ländlichen Bevölkerung in den Hunger stieß, wie etwa durch Umsiedlungen zu Gunsten von Staudambauten, egal ob in China, Indien oder der Osttürkei.

Zahlen und Ursachen

Nach Schätzungen der Food and Agriculture Organisation (FAO) waren 2005 etwa 856.000 Millionen Menschen und damit etwa 14 % der Menschheit von Unterernährung betroffen. Jeden Tag verhungern demnach weltweit etwa 27.000 Menschen, darunter etwa 16.000 Kinder. In Afrika leidet jeder Dritte, in Asien jeder Vierte und in Lateinamerika jeder Siebte an Unterernährung. Ein Viertel der Betroffenen lebt in den Slums der neuen Riesenstädte in der Dritten Welt. Folgen des Hungers sind Behinderungen und Krankheiten wie Blindheit, Kleinwüchsigkeit und Gehirnschäden. Dauernder Hunger führt außerdem dazu, dass die Betroffenen sich nicht selbst helfen können (siehe diverse Beiträge in Blanckenburg/Cremer 1983).

Angesichts einer Zunahme der Nahrungsmittelproduktion seit 1960 um 80 % wird deutlich, dass es sich bei dem gleichzeitigen Anwachsen der weltweiten Unterernährung um ein Verteilungsproblem handelt (Alexandratos 1995). Bereits 1984 stellte die FAO fest, dass unser Planet problemlos 12 Milliarden Menschen mit den von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) errechneten notwendigen 2500 Kilokalorien pro Tag ernähren könnte (vgl. Ziegler 2005). Heute werden so viele Nahrungsmittel produziert, dass jeder Mensch auf der Erde - mit über 2.720 Kilokalorien - mehr als notwendig erhalten könnte (vgl. Baratta 2004, 1173;1182) und zwar durchschnittlich ein Kilo Getreide und Hülsenfrüchte, je ein Pfund Fleisch, Milch, Eier, Gemüse sowie Obst. Nach Berechnungen des International Food Policy Re-

search Institut in Washington werden trotz Wachstum der Weltbevölkerung und wachsenden Umweltschäden auch 2020 noch ca. 2890 Kilokalorien pro Tag und Kopf vorhanden sein (von Braun et. al. 1998).

Der Hunger ist also, sowohl auf der Ebene des Weltmarktes als auch auf der Ebene des einzelnen Haushalts, nicht ein Problem der Quantität, sondern ein Problem der Verteilung. Während die Armen der Welt kein ausreichendes Einkommen haben, um Lebensmittel kaufen zu können, herrscht auf den Märkten der reichen Länder ein Überangebot. Bis zu 25 % des Essens wird dort täglich weggeworfen.

Außerdem kommt das auf der Erde wachsende Getreide bei den Armen nicht an, weil es der Schlachtviehhaltung zugeführt wird. Fünf bis zwölf Kilo Getreide sind nötig, um ein Kilo Schweine-, Rinder- oder Putenfleisch zu erzeugen. In der Agrarwirtschaft wird dieser Prozess "Veredlung" genannt, da der Fleischverkauf mehr Geld einbringt als die reine Pflanzenproduktion. Der Verzehr von Fleisch symbolisiert bei zahlreichen Völkern Macht und Teilhabe am Wohlstand und weist zudem erhebliche geschlechtsspezifische Implikationen auf: Der feiste Braten war in historischen Zeiten Zeichen kriegerischer Potenz und weltlicher Macht. Vegetarische Kost gilt fast überall auf der Welt als "feminin". So atavistisch es auch klingen mag: die Fleischwerbung, die ein blutiges Steak neben einem jungen Mann mit halboffenem Hosenstall und dem Spruch "Am liebsten mag ich es mit jungem Gemüse" zeigt, verrät das kollektive Unterbewusste und bekräftigt die alten Geschlechterpolaritäten (vgl. CMA-Werbung 1996, 2005 ähnlich).

Indirekt besetzen die Reichen die Ackerflächen der Armen, kritisierten schon die Philosophen der Antike. Als zu Napoleons Zeiten die Bauern in den übernutzten Mittelgebirgen hungerten, rechnete Alexander von Humboldt den Europäern vor, dass die Ackerflächen der Welt bis zu siebenmal mehr erbrächten, wenn kein Korn in die Tiermästung gesteckt würde. Seit dem Weltbestseller "Diet for a small Planet" der Kalifornierin Francis Moore Lappé wissen wir, dass die Wendung zu einer so genannten "weiblicheren", im Wesentlichen vegetarischen Kost, den Selbstversorgerlandwirtschaften beispielsweise in Brasilien ihre Nahrungsgrundlage lässt und sie davor bewahrt, illegal den Urwald abzuholzen².



Die FAO, Food and Agriculture Organisation

Als der Hunger in der Folge des II. Weltkrieges weite Teile der europäischen Bevölkerung erfasst hatte, gründete der Völkerbund bzw. die UNO die neue Unterorganisation FAO, der fast alle Staaten der Welt angehören. Die FAO ist damit eine der größten Sonderorganisationen der UNO. Sie entwirft und berät die meisten Landwirtschaftsprojekte der Weltbank. Verglichen mit anderen UN-Organisationen ist die FAO relativ unbekannt, da sie weitgehend hinter verschlossenen Türen unter Ausschluss der Öffentlichkeit operiert. Laut Präambel soll die FAO sowohl die Lebensbedingungen der bäuerlichen und ländlichen Bevölkerung verbessern, als auch zu einer Ausweitung der Weltwirtschaft beitragen.

Am 10. Dezember 1948 wurde das Menschenrecht auf Nahrung in Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte normativ verankert. Aushungerung wurde als Völkermord geächtet. Keinem Menschen dürfe die Ernährungsgrundlage entzogen werden (vgl. Breining-Kaufmann 1990). In der Realität verkamen die Lebensmittelhilfen in den 1960er Jahren zu Programmen, mittels derer die reichen Länder ihre enormen Getreideüberschüsse "entsorgten". Staatliche Lebensmittelhilfe war daher selten nur eine Angelegenheit humanitärer Hilfe. Während des "Kalten Krieges" wurden die Länder des Südens mit Lebensmittelhilfen sowie Waffenlieferungen bestochen, sich einem politischen Lager zuzuordnen. Der anhaltende Diskurs über den Welthunger diente, so Frances Moore Lappé und der Ökonom Joseph Collins in den 1970er Jahren, den USA vor allem dazu, per Lebensmittellieferungen Länder in die Abhängigkeit zu zwingen, da die subventionierten Lebensmittel-"hilfen" in Krisenregionen die Landwirtschaft des Südens zerstörte. Kritiker der Politik der Entwicklungshilfe wie Ivan Illich sprechen von einem "Krieg gegen die Subsistenz" (Illich 1982), Entwicklungshelferinnen wie Gisela Erler quittierten empört den Dienst, als sie feststellen mussten, dass das Gros der "Entwicklungshilfe" zahllosen Kleinbäuerinnen und -bauern die Existenzgrundlage entzieht (Erler 1988).

Exportlandwirtschaft und die Folgen

Die Umstellung auf Exportlandwirtschaft verstärkte die prekäre Ernährungssituation in vielen Ländern des Südens, so dass aus auskömmlich lebenden Bauern Hungerleider wurden. Der Welternährungsexperte

der UNO, der Schweizer Soziologe Jean Ziegler, erklärt dieses Phänomen am Beispiel der Erdnussbauern des Senegals. Auf sehr guten Böden bauen die Farmer Erdnüsse für den Export an. Sie finanzieren mit ihrem Exportprodukt den senegalesischen Staat, der ihre Nüsse aufkauft und mit gutem Gewinn nach Europa verkauft. Die Erdnussbauern selbst aber hungern. Denn sie können den zu Weltmarktpreisen importierten Reis nicht in ausreichenden Mengen kaufen, dafür bekommen sie nicht genug für ihr Produkt. Ihre Armutssituation steht damit in engem Zusammenhang zur hohen Profitspanne von Aufkäufer und Handel sowie zur mit der Exportwirtschaft verbundenen Monokultur. Würden die senegalesischen Bäuerinnen ihre fruchtbaren Böden stattdessen für die regionale Eigenversorgung bestellen, bräuchten weder sie noch die städtischen Armen zu hungern, da sie als Produzentinnen die Kontrolle über die Preisgestaltung behielten (Ziegler 2000 113-117).

Beispielsweise macht der Kaffeeanbau deutlich, dass das Exportmodell meistens mit einem ständigen Preisverfall für die Primärerzeuger verbunden ist: Seit 1990 sank der Erlös der Kaffeebohnen, die von den Erzeugern zumeist auf Höfen von unter 10 Hektar angebaut werden, dramatisch. Zu Beginn der 90er Jahre gingen von den Exporterlösen etwa zehn bis 12 Milliarden US Dollar in die Entwicklungsländer, während die Industrieländer am Kaffeeverkauf 30 Milliarden Dollar verdienten. Heute verdienen letztere am Kaffee 70 Milliarden, während die produzierenden Länder nur noch 5,5 Milliarden erhalten.

Folgen des rapiden Preisverfalls sind neben einer zunehmend unsicheren Ernährungssituation geringere Schulbesuchszahlen (Hirn 2004) sowie weltweit zahlreiche Selbstmorde unter Kaffeeanbauern (Korneffel et. al. 2002; Pendegrast 2001).

Zudem führt die Exportlandwirtschaft durch die mit ihr verbundene Monokultur und Übernutzung der Böden zu einer zunehmenden Bodenzerstörung. Weltweit werden jährlich mehr als fünf Millionen Hektar Ackerland als unfruchtbar aufgegeben, eine Fläche so groß wie Holland oder Belgien (Brown 1996). Seit 1945 hat sich so eine Fläche in der Größe von Indien und China summiert. Der von Menschen ausgelöste Klimawandel verursacht in der jüngsten Zeit außerdem zunehmend Dürren sowie extreme Regengüsse mit Berggrutschen und bringt so die Landwirtschaft in Gefahr.



Dennoch ist die Nahrungsmittelproduktion auch in Afrika in den letzten 40 Jahren gestiegen. Die meisten afrikanischen Staaten sind in der Lage, sich aus eigener Produktion zu ernähren. In den Tropen können die Bäuerinnen sich und ihre Kinder traditionell ohne eine Intensivierung der Landwirtschaft durch kommerziellen Dünger ernähren (Rauch et.al. 1996, 40; Rauch 1999). Erst die infolge von Kriegen, Umweltzerstörung und Vertreibung zunehmende Verstädterung Afrikas erfordert eine Landwirtschaft mit deutlich gesteigertem Produktionsertrag, die jedoch die Böden Afrikas heute dramatisch bedroht.

Unter Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit ist die traditionelle der modernen Landwirtschaft daher um Einiges voraus. Nahezu überall erbringt der kleinräumige "Hackfeldbau" mit dem Grabstock, die Garten-Landwirtschaft, wie vor allem die Bäuerinnen der Tropen (Mittelamerika, Südostasien, Afrika) sie betreiben, mehr Erträge pro Quadratmeter als die Großagrarwirtschaft des Nordens. Letztere erzeugt strukturbedingt so genannten Abfall, wie etwa überzählige männliche Küken, Milchseen oder Butterberge, die die Kleinlandwirtschaft nicht kennt. Dort, wo innerhalb eines bäuerlichen Anwesens die traditionelle Kreislaufwirtschaft noch intakt ist, wird bis heute alles auf dem Hof Anfallende verwertet.

Obwohl in Afrika Frauen bis zu 80% der Nahrungproduktion erarbeiten, gehören die Äcker zu 85% den Männern. Die wenigen Grundstücke, die Frauen besitzen, sind bedeutend kleiner als die der Männer. Frauen besitzen daher insgesamt weniger als 10 % der Feldflächen Afrikas. Wenn sich Eheleute trennen oder Ehemänner sterben, stehen die Frauen mit ihren Kindern sehr oft ohne Land da. In manchen Ländern dürfen Frauen bis heute kein Land besitzen. Ihr Zugang zu Krediten für den Kauf von Maschinen, Saatgut oder Dünger ist dadurch erheblich eingeschränkt. Die FAO schätzt, dass nur ein Prozent aller landwirtschaftlichen Kredite in Afrika an Frauen vergeben wird. Andererseits bleibt infolge der in Afrika unter Männern verbreiteten Arbeitsmigration in die Städte sowohl die selbstversorgende als auch die kommerzielle Arbeit in der Landwirtschaft immer häufiger vollständig an den Frauen hängen.

Trotz der genannten fatalen Folgen der Exportlandwirtschaft auf die Ernährungslage der ärmeren Menschen in den Ländern des Südens und der fortwährenden

Zerstörung der Umwelt durch die Großlandwirtschaft, wird der Ausbau der letzteren von den internationalen Finanz- und Handelsinstitutionen wie der Weltbank, dem IWF und der WTO weiterhin auf Kosten der Selbsthilfemöglichkeiten der Bewohner ohne Rücksicht auf Verluste forciert.

Die Weltbank, der IWF und die Strukturanpassungsmaßnahmen

Die Weltbank ist eine Unterorganisation der UNO. Sie wurde 1944 in Bretton Woods zur Unterstützung des Wiederaufbaus Europas gegründet. Mitgliedstaaten können zur Armutsbegrenzung in Kriegs- und Krisenregionen Kredite beantragen. Seit 1950 bemüht sich die Weltbank nur noch um indirekte Elendsbegrenzung durch Förderung von Wirtschaftsprojekten. Weil das keinen Erfolg hatte, wurde zur Eindämmung des wachsenden strukturwandelbedingten Ernährungsproblems unter der Präsidentschaft von Robert McNamara (1968 bis 1981) ein Konzept einer "ländlichen Entwicklung" gefördert. Die Selbsthilfepotentiale der Bauern sollten besonders durch lokale Kreislaufwirtschaften gestärkt werden. Jedoch wurde gleichzeitig das "trade based food security"-Konzept initiiert, welches Nahrungssicherung durch Agrarexporte erreichen will. Statt Eigenanbau sollen demnach Lebensmittel, die anderswo auf der Welt günstiger produziert werden können, eingeführt werden. Seit dem Anstieg der Getreidepreise zu Beginn der 90er Jahre erweist sich dieses handelsorientierte Entwicklungskonzept für kaufkraftschwache Länder jedoch als äußerst problematisch.

Seit 1981 verfolgte die Weltbank zudem mit den Leitlinien des "Washington Consensus" die neoklassische Wirtschaftslehre, die die Vorstellung beinhaltet, "zuviel Staat" wäre für die jeweiligen Volkswirtschaften schlecht. Seither versucht man auch die Lösung der Schuldenkrise ausschließlich durch Marktöffnung zu erreichen (Stiglitz 2002). Den Hunger auf diese Art und Weise einzudämmen gelang der Weltbank nicht (Hauchler et. al. 2003, 55).

Seit dem Ende der 80er Jahre wurde die Ursache des Nicht-Greifens von Entwicklungsprojekten in "schlechter Regierungsführung," ("Bad Governance") verortet und als Folge hochrangiger Korruption und Bestechung angesehen. Daher forderte die Weltbank in den letzten Jahren bessere Qualität in der Regierungsführung.



rung und des Regierungsapparates, und damit "Good Governance". Da sich hinter dem Konzept der "guten Regierungsführung" schlicht die Korruptionsbekämpfung versteckt (Woyke 2000, 516), nützt das Reden von "Good Governance" wenig, da die Korruption ihre Hauptursache in den starken Einkommensgefällen zwischen Nord und Süd hat, sowie besonders in Afrika zudem im Zusammenhang mit kolonialen Grenzziehungen und ungerechten Landbesitzstrukturen steht. Auch die Wirkung der heutigen Weltökonomie mit bis zu 1000fachen Einkommensunterschieden zwischen Managern des Nordens und ihren Arbeiterinnen im Süden wird im "Good Governance"-Diskurs nicht problematisiert. Dennoch wird die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich im Süden zunehmend als ungerecht empfunden.

Der IWF (Internationaler Währungsfond) entstand gleichzeitig mit der Weltbank. Er soll Weltwirtschaftskrisen wie jene von 1929 verhindern helfen. Jedes Mitgliedsland entsendet einen Gouverneur in das oberste Gremium des IWF, jedoch richtet sich das Stimmrecht nach der Höhe der Einlage im Fond. Um geordnete Währungsbeziehungen aufrecht zu erhalten, kann der IWF in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Mitgliedsländern Kredite gewähren. Obwohl der IWF sich ursprünglich auf Krisenhilfe beschränken sollte, wurde er zunehmend zu einer Einrichtung, die armen Ländern eine bestimmte Innenpolitik diktiert. Verschuldete Länder des Südens sollen ihre Ausstände durch die bereits erwähnten Strukturanpassungsmaßnahmen (SAP) bekämpfen. Die SAP implizieren den Abbau der Importzölle, sowie Privatisierungen öffentlicher Güter und die Förderung der Exportlandwirtschaft auf Kosten der Selbstversorgung. Zugleich stehen sie in engem Zusammenhang zum Good-Governance-Konzept. Daher meint der Berliner Politologe Elmar Altvater, "Good Governance" sei nichts anderes, als das willfährige Erfüllen der SAP, die die Weltbank und der IWF ihren Gläubigerländern auferlegten. IWF und SAP sind aus Sicht des ehemaligen Weltbankchefs Joseph Stiglitz und Hunderten von Nichtregierungs-Organisationen (NGO), Hauptursache dafür, dass in den "least developed countries", den am wenigsten entwickelten Ländern, die Not eher zu als abnimmt.

Die SAP untersagten den Staaten des Südens in der Regel alle Lebensmittelsubventionen zugunsten der eigenen Bürger, während Agrarprodukte in den Ländern des Nordens in vielen Fällen hoch subventioniert sind.

Gleichzeitig wurden die Länder des Südens gezwungen, Lebensmittelimporte zuzulassen. Die Einfuhr der durch Subventionen künstlich billig gemachten europäischen Agrarprodukte führen zum Ausschluss örtlicher Kleinbauern von den eigenen Märkten, da sie mit den Dumpingpreisen des Nordens nicht konkurrieren können. Dadurch verschlechterte sich nicht nur die Ernährungslage in den Städten der Dritten Welt, sondern auch die Verdienstmöglichkeiten für die lokalen Bauern. Langfristig verknappt sich durch diese Politik auf den Märkten in peripheren Regionen das einheimische Lebensmittelangebot. Jedoch sind die Importprodukte für die einheimische Landbevölkerung in 80% der Fälle zu teuer (Decker 2004). Auf diese Weise wird in den Ländern des Südens eine neue Armutsschicht erzeugt. Insbesondere die drastisch verschuldeten Länder Südamerikas wurden durch die SAP in wirtschaftliche und soziale Krisen getrieben.

Äußerst problematisch sind zudem die durch die SAP geforderten Auflösungen von Genossenschaftsländereien und die Privatisierungen von Allmenden³. Die forcierte Privatisierung von Grund und Boden hat in vielen Staaten zu einer problematischen Konzentration von Grund und Boden in den Händen Weniger beigetragen. Vielfach ging das Land in die Hände von multinationalen Konzernen (TNC) über und einheimische Bäuerinnen verloren altangestammte Zugangsrechte zum Land. Hunger, Landflucht und rasantes Wachstum der Slums rings um die Megastädte des Südens sind die Folge. Angesichts dieser Entwicklung wurde 1995 seitens des IWF eine Kommission eingesetzt, die die Auswirkungen der Strukturanpassungsmaßnahmen eruierten sollte. Zehn ausgewählte Entwicklungsländer sowie im Süden tätige NGO nahmen daran teil. Ergebnis war, dass die SAP den Hunger unter den Kleinbäuerinnen überall verschärft hatten. Die Veröffentlichung dieser Erhebungsergebnisse wurde jedoch unterdrückt (Stiglitz 2002, 51ff).

Die Welthandelsorganisation WTO⁴

Die Welthandelsorganisation wurde 1995 aus der Uruguay-Runde des GATT, des allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens⁵ heraus gegründet und führte zu einer Verschärfung des weltweiten Ernährungsproblems. Entgegen früherer Gepflogenheiten⁶ schreibt sie im Abkommen über Landwirtschaft (Agreement on Agriculture – AoA) die Öffnung der Grenzen für den



weltweiten Agrarhandel vor. Während die ärmeren Nationen ihre Landwirtschaft zuvor durch Zölle vor Billigimporten schützen konnten, können die Industrieländer jetzt ohne Hindernisse Lebensmittel in die Länder des Südens exportieren. Umgekehrt allerdings blieben die meisten Agrar- und Rohstoffmärkte der reichen Länder des Nordens gegenüber Importen aus dem Süden abgeschottet.

Der Vorzug der WTO ist es, dass die Länder des Südens ihre Interessen gegenüber jenen des Nordens gemeinsam vertreten können. Bei bilateralen Verträgen kann ein armer Staat viel leichter übervorteilt werden. Dennoch glauben viele Experten nicht an einen durch die WTO erleichterten Welthandel, da die Macht der großen Transnationalen Konzerne viel zu massiv ist.

Die Welthandelsorganisation soll ihre Entscheidungen prinzipiell im Konsens treffen. In der Praxis jedoch haben die vier Großen - USA, Kanada, EU und Japan - das Sagen.⁷ Der Abbau von Zollschränken für Lebensmittel benachteiligt die einheimischen Bauern der einzelnen Länder. Da die Landwirtschaft des Nordens hoch subventioniert ist, zerstört der mit dem Marrakesch-Abkommen der WTO erzwungene Lebensmittelimport systematisch die Agrarkulturen des Südens, die mit den subventionierten Erzeugnissen des Nordens nicht mehr konkurrieren können. Die WTO treibt so immer mehr Bäuerinnen und Bauern in Armut und in Hunger (Buntzel-Cano 2004).

Ojjo Odhiambo untersuchte die Auswirkungen von SAP und WTO auf die Ernährungssicherung in den 88 so genannten "Low Income Food Deficit Countries" (LIFDC) am Beispiel Kenias. Die Forderungen des IWF nach "Strukturanpassung" führten in den 80er Jahren dazu, dass Kenia seine Märkte für billige Agrarprodukte aus dem Ausland öffnen musste. Mit Dumpingpreisen untergruben die gigantischen Getreidehandelshäuser des Weltmarkts den lokalen Maisanbau. Da die Bauern keine Speicher besitzen, um Vorratswirtschaft betreiben zu können, müssen sie ihre Ernte oft dann verkaufen, wenn sie am wenigsten dafür bekommen und Saatgut später zu unterdessen erheblich gestiegenen Weltmarktpreisen erstehen. Das Problem wurde Mitte der 90er Jahre dadurch verschärft, dass die Regierung nationale Getreideüberschüsse aus guten Ernten verkauft hatte, um Schulden abzubauen und wenig später deutlich teureres Getreide importieren musste. Dank der vollständi-

gen Öffnung gegenüber dem Weltmarkt sehen sich jetzt also ausgerechnet die Ärmsten schutzlos den Kapriolen der Weltgetreidemärkte ausgeliefert (Odhiambo 1997, 17f). Arme Länder wie Kenia sind ohne Hilfe nicht in der Lage, Korn auf preisgünstigem Wege in von Dürren betroffenen Gegenden zu schaffen: In Nordkenia starben Anfang 2006 infolge der Dürre die Nomaden zusammen mit ihrem Vieh, obwohl man in Südkenia eine überreiche Ernte hatte. Das Gleiche spielte sich bereits 2004 in Äthiopien ab (Ziegler 2005).

Privatisierungen öffentlicher Güter, GATS und TRIPS

Besonders problematisch ist, dass die WTO auch die Privatisierung von Vorsorgeleistungen der öffentlichen Hand vorschreibt. Das entsprechende "General Agreement on Trade in Services", das GATS, trat am 1. Januar 1995 in Kraft. Es verpflichtet die Mitgliedsstaaten zur Privatisierung von staatlichen Dienstleistungen wie Wasserversorgung, öffentlichem Nahverkehr, Bildungswesen oder Krankenversorgung. In Südafrika hat die Privatisierung der Wasserversorgung dazu geführt, dass viele Menschen von der Versorgung mit sauberem Wasser abgehängt wurden. Nach Angaben der Vereinten Nationen haben rund 1,2 Milliarden Menschen keinen Zugang zu Trinkwasser. Etwa 12 Millionen Menschen sterben jährlich weltweit an den Folgen verunreinigten Trinkwassers. Gleichzeitig steigt der Wasserverbrauch weltweit dramatisch an. Er hat sich seit 1940 vervierfacht. 70 % des Wassers verbraucht allein die globale Lebensmittelproduktion. Der Nachhaltigkeitsgipfel in Johannesburg 2002 beschloss die Halbierung der Zahl der Menschen ohne Zugang zu Wasser und sanitären Einrichtungen bis 2015. Aber Privatisierung schützt nicht vor Korruption. Martha Karua, die Wasser- und Entwicklungsministerin Kenias, berichtete auf der internationalen Weltwasserkonferenz in Stockholm im August 2004, dass die Verwaltung Nairobis infolge von Korruption den Bau von Wasserleitungen in den Armenvierteln vernachlässigt. Um künstlichen Mangel zu erzeugen, verdunstet mehr als die Hälfte des Wassers. Der Mangel wird von privaten Wasserhändlern dazu genutzt, den Ärmsten in der Stadt 20 bis 30 Prozent mehr Geld für qualitativ schlechteres Wasser abzunehmen als den Reichen.

Das mit Gründung der WTO ebenfalls in Kraft getretene Welthandelsorganisations-Abkommen TRIPS ("Trade Related Aspects of Intellectual Property



Rights“) betrifft “handelsbezogene Aspekte der Rechte auf geistiges Eigentum“. Es handelt sich also um ein Patentrecht, das Erfindungen bzw. die damit möglichen Profite schützen soll. Vorgeblich soll das TRIPS-Abkommen die Rechte der “indigenen Bauern“ vor Ausbeutung ihrer Züchtungsergebnisse durch Privatfirmen schützen. De facto ermöglicht es großen Firmen, sich Pflanzen patentieren zu lassen. So wurde beispielsweise der indische Neenbaum jahrtausendlang von den Bäuerinnen Indiens als Medizinpflanze genutzt, bis ein amerikanisches Unternehmen ihn sich patentieren ließ und heute theoretisch jede indische Dorffrau, die ein paar Blätter oder etwas Rinde von einem wild stehenden Neenbaum verwenden will, Gebühren an die das Patent innehabende Firma entrichten muss. Auch ermöglicht es das TRIPS-Abkommen Saatgutkonzernen, mittellosen Kleinbäuerinnen zu verbieten, die eigene Ernte zur Wiederaussaat zu verwenden. Unterstützung erfahren die Großkonzerne dabei besonders durch die Gentechnik.

Der Sinn der Gentechnik ist äußerst umstritten. Die Bevölkerung Europas lehnt genetisch veränderte Lebensmittel zu knapp 80% ab. Die Befürworter der Gentechnik behaupten, dass Pflanzen durch die Genmanipulation gegen einige Schädlinge resistent gemacht werden könnten und der so ermöglichte verringerte Verbrauch von Agrargiften Menschen, Böden und Grundwasser zugute käme. Aber bisher ist 70% des genmanipulierten Saatguts ausschließlich gegen die Herbizide oder Pestizide der eigenen Firma (z.B. Monsanto) resistent. Zudem zeigen Forschungsergebnisse, dass der Pestizidverbrauch nur in den ersten drei Jahren sinkt. Danach steigt er wieder an, weil Wildkräuter resistent wurden oder weil andere Schadinsekten die Pflanzen angreifen. Insgesamt stieg der Pestizideinsatz beim Anbau von genveränderten Organismen (GVO) sogar um 4 % an (NSEPC 27.10.04 nach www.blauen-institut.ch).

Zudem ermöglicht es die Gentechnologie den fünf führenden transnationalen Unternehmen, sich durch Patentierung bisher von Kleinbauern belieferte Märkte anzueignen, da eine Firma nach Einschleusung neuer Gene ins Erbgut ein Patent auf eine Pflanze beantragen kann. Im Falle des indischen Basmati-Reises, der von den Bauern des Punjab schon seit Jahrhunderten angebaut wird und den Anbauenden durch die besondere Qualität, die mit dem Namen Basmati verbunden ist, einiges Geld bringt, erhielt die kalifornische Firma

RiceTec Inc. 1997 ein Patent auf mehrere Basmati-Reisarten zugesprochen. Die Firma versucht mittels dieser Patentierung 250.000 Bauern aus Indien und Pakistan um ihre Existenzgrundlage, den Verkauf ihres Basmati-Reis, zu bringen. Bürgerinitiativen des Südens verstehen die Gentechnik daher vor allen Dingen als Strategie der Saatgutmultis, Bauern zum Samenkauf zu zwingen (Shiva 2004 114ff). Die indischen NGO konnten jedoch die Rücknahme dieses Patentrechts erreichen.

Unmittelbare Lebensmittelhilfen und Hungerprävention

Im Falle von akutem Hunger infolge von Naturkatastrophen oder Kriegen leistet das Welternährungsprogramm (WFP) unmittelbare Nothilfe.⁸ Das WFP ist eine der größten internationalen Hilfsorganisationen überhaupt. Es arbeitet jedoch wesentlich auf Spendenbasis und erhält von einzelnen Ländern Gelder für bestimmte Hilfsmaßnahmen.⁹ 2003 half das WFP 104 Millionen Menschen in 81 Ländern, darunter vor allem Kriegsflüchtlinge und andere “displaced persons“. Allerdings funktioniert das Freiwilligkeitsprinzip nicht immer. Als 2004 das WFP die reichen Länder bat, ihm Geld zu geben, damit die überschüssige Ernte aus dem Südwesten Äthiopiens in den hungernden Nordosten Äthiopiens geschafft werden könnte, blieb die erbetene Summe aus. Hirse oder Teff verrotteten in der Sonne während einige hundert Kilometer weiter Menschen und Tiere verhungerten (Ziegler 2005 139).

Daher springen bei unmittelbar drohenden Hungersnöten UNO, FAO und WFP meistens gemeinsam ein und liefern ihre – zu 50 % US-amerikanischen Lagern entstammenden - Lebensmittel direkt in die betroffenen Gebiete. Außerdem wird Nahrung auf den lokalen Märkten gekauft. Die Betroffenen der Tsunami-Katastrophe Ende 2004 konnten auf diese Art und Weise binnen von drei bis vier Tagen fast ausnahmslos mit Nahrung und Trinkwasser versorgt werden.

Während der Bürgerkriege im Sudan oder in Somalia entstanden in Nachbarländern große Hilfscamps, in die Hungernde flohen und in denen sie versorgt wurden. Vor allem Frauen, Kinder und Alte sind Opfer von Vertreibungen und können nur in diesen Lagern überhaupt versorgt werden. Diese Form der Hungerhilfe ist jedoch problematisch, da sie lokale Lebensmittelmärkte und die Möglichkeit zur Selbsthilfe der Landbevölkerung untergräbt. Das Ziel der neuen Kriege ist oft, Bauern-



bevölkerungen von ihren Feldern zu vertreiben. Da die Kriegsparteien jedoch wie beispielsweise in Mozambique, Sudan, Somalia oder Jugoslawien einen Teil der Lebensmittelhilfen abfangen, sorgen die Lebensmittelhilfen indirekt auch dafür, dass diese Kriege verlängert werden (Ziegler 2000).

Das brasilianische „Zero Hunger Programme“ richtet sich vor allem an Frauen. Männliche Empfänger, so war die Befürchtung, liefen Gefahr, die zusätzliche Summe zu vertrinken. Mit diesem Programm wurden die weiblichen Familienmitglieder hungernder Familien für zwei Jahre mit einer Kreditkarte versorgt, die ihnen monatlich zusätzliche 20 US-Dollar für den Erwerb von Nahrungsmitteln zur Verfügung stellte. Das Programm bezweckt die soziale Wiedereingliederung von Menschen, die infolge dauernder Unterernährung marginalisiert sind. Nunmehr sieht es so aus, als würde das Null-Hunger-Programm der Reformregierung Lula scheitern, da es nicht mit Hilfe zur Selbsthilfe verbunden wurde. Die Regierung muss sich strikte Haushaltsbeschränkungen auferlegen und ihre Auslandsschulden begleichen, damit sie bei IWF und Weltbank weiterhin als kreditwürdig gilt. Letztere zwingen die Regierung, auf die Förderung der exportorientierten monokulturellen Agrarindustrie zu setzen, statt auf die von den Hungernden und Erwerblosen geforderte Bodenreform.

Am besten helfen gegen Hungersnöte paradoxerweise Demokratien mit sozialer Bildungs- und Gesundheitsversorgung und gleichberechtigter Handlungsmöglichkeit für Frauen, betont der indisch-amerikanische Ökonom Amartya Sen. Diktaturen führen in der Regel zu ineffizienten Bürokratien. Wenn angesichts einer drohenden Krise infolge einer Dürre jedoch schnell eingegriffen wird, kann der unmittelbare Hungertod fast immer vermieden werden. Wichtig ist eine staatliche Getreidevorratshaltung, um in Notfällen den Getreidepreis auf einem für alle bezahlbarem Niveau halten zu können, was in Bengalen 1974 gelang. Drohende Hungersnöte konnten in Indien durch Kaufkraftstärkung der betroffenen Bevölkerungsgruppen mittels staatlicher Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wie Brunnen- oder Straßenbau wiederholt erfolgreich abgewendet werden (Sen 1997).

Die kommenden Konflikte und die neue Bodenfrage

Als Reaktion auf die Verschlechterung der landwirt-

schaftlichen Produktionsbedingungen und Enteignungen, die den Bauern des Südens durch TRIPS und Gentechnik bevorstehen, entstanden in den letzten 20 Jahren neue ökologische Bauernbewegungen. So ist z.B. „La Via Campesina“ („Der Weg des Landes“ oder „der bäuerliche Weg“) ein Zusammenschluss von Kleinbauernorganisationen aus 65 Ländern, der seit 1993 gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik und die damit einhergehende Vernichtung der kleineren Bauern auf der Welt kämpft. La Via Campesina wurde in Mexiko gegründet und hat heute ein zweites Hauptbüro in Brüssel (Uhlenbusch 1999; www.viacampesina.org).

Vor allem in Südamerika mit seiner seit Kolonialzeiten besonders ungerechten Bodenverteilung entstanden immer wieder neue Landlosenbewegungen, die größte davon in Brasilien, wo der Hunger von 5 Millionen Bauern, 23 Millionen Kleinbauern, 19 Mill. Landarbeiter und Landlosen in direktem Zusammenhang mit der ungleichen Landverteilung steht. 43% des fruchtbaren Bodens befindet sich in der Hand von nur 1% der Bevölkerung. 90% der kleinen Landbesitzer verfügen hingegen über weniger als 20% des Bodens. Aber 44% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche wird von den Großgrundbesitzern nicht in Kultur gehalten. Nach Artikel 189 der Verfassung von 1988 kann dieses unkultivierte Land den Landlosen übergeben werden.

Die 1985 gründete Landlosen-Organisation MTS (Movimento dos Trabalhadores Rurais sem Terra = Bewegung der Landarbeiter ohne Land) besetzt solche Brachländer in gemeinsamer Aktion mit bis zu über 3000 Beteiligten, um die Besetzung dann beim Bundesamt für Agrarreformen anzumelden und mit Hilfe von Informationen über den Zustand des Bodens zu legalisieren. Häufig vertreiben die Großgrundbesitzer die Landlosen durch bewaffnete Milizen und Gewaltanwendung. Obwohl das Eingreifen der Großgrundbesitzer in der Vergangenheit bis hin zur Ermordung von Aktivisten der Landlosenbewegung geführt hat, blieben sowohl die Mörder als auch die Auftraggeber fast ausnahmslos ungestraft. 1996 brachte die Militärpolizei bei der Räumung eines Landarbeitercamps in Pará 19 unbewaffnete Besetzer um. Dennoch hat die Landlosenbewegung auch Erfolge. Man nimmt an, dass in den letzten 20 Jahren über 22 Millionen Hektar an 600.000 Familien verteilt wurden. Sie betreiben Subsistenzwirtschaft und verkaufen ihre Überschüsse über Kooperativen (Unesco Kurier, 1/2001, 20-22). Aber auch unter der sozialistischen Re-



gierung werden Menschenrechts- und Umweltaktivisten weiterhin ermordet, wie etwa die Landlosen-Aktivistin Dorothy Stang, die im Februar 2005 wahrscheinlich im Auftrag eines Großgrundbesitzers ermordet wurde.

Bisher unternimmt die sozialistische Regierung von Luiz Ignácio Lula de Silva wenig, um die angestrebten Agrarreformen durchzusetzen. Zwar fördert die Weltbank seit einigen Jahren ein Programm namens "Credito Fundiário", das es Landlosen ermöglichen soll, Grund und Boden von den Großgrundbesitzern zu kaufen. In der Praxis scheitert das Programm jedoch daran, dass die Landlosen nicht über die nötigen Mittel verfügen. Auch die 1990 im indischen Staat Tamil Nadu gegründete Research Foundation des Agrarwissenschaftlers M.S. Swaminathan will Landlosen ermöglichen, sich selbst zu helfen, da – getreu den Maximen Gandhis - nichts würdeloser ist, als erzwungene Untätigkeit. Dem Programm gelang seit 1994 in 19 Dörfern das Einrichten - auch auf den Verkauf ausgerichteten - ökologischer Bauernwirtschaften, gepaart mit neuen nichtlandwirtschaftlichen Einkommenszweigen. Bis 2007 sollen über 300.000 Menschen beteiligt sein. (Unesco-Kurier 1/2001, 32-34). Überall auf der Welt sind – wie oben bereits erwähnt - ähnliche Initiativen zugunsten von Kleinbauern sowie der Umwelt einschließlich dem Erhalt der Artenvielfalt (Biodiversität) meistens erfolgreich.

Hilfe zur Selbsthilfe heißt für die Frauen des Südens – das war die wichtigste Forderung auf dem alternativen UNO-Frauengipfel in Peking 1995 - Zugang zu Land. Die Spätfolgen kolonialer und kapitalistischer Aneignung müssen durch Bodenreformen rückgängig gemacht werden. Gerade das Beispiel Brasilien mit seiner hohen Kriminalitätsrate, die jeden engagierten Bürger zum Opfer von gedungenen Mörderbanden werden lassen kann und die Demokratie untergräbt, zeigt, dass langandauernder Hunger auf Dauer alle betrifft und eine ganze Gesellschaft – auch die Wohlhabenden – in Not bringen kann. Das wichtigste Instrumentarium zur Bekämpfung des Hungers sind angesichts fehlender Erwerbsarbeitsmöglichkeiten weltweit Landreformen.

Daher sprachen sich etwa die Teilnehmer der dritten Weltkonferenz zu Agrarreformen und ländlicher Entwicklung (WCARRD, Rom 1979) für den Vorrang von Bodenreformen aus, da nur so eine nachhaltige Bekämpfung des Hungers und die Befriedung gewalttätiger Re-

bellengruppen garantiert sei (Bergmann 1980). Heute ist die Frage der Bodenreformen nunmehr dermaßen explosiv, meint u.a. Krishna Ghimire, Wissenschaftler am Forschungsinstitut der UNO, dass sie in der internationalen politischen Debatte geradezu tabuisiert würde (Unesco Kurier 1/2001, 19). Die Community-Gardening-Bewegung, die Aktivisten einer neuen Urban Agriculture (www.ruaf.org) und städtische Bodenbearbeiterinnen des Südens machen daher heute freiwillig vor, was künftig unabdingbar sein wird. Überall auf der Welt bemühen sich Bürger in NGO in ähnliche Richtung.

Ausblick

Auch wenn in der Alltagspraxis Frauen bestimmen, was in den Topf und auf den Tisch kommt, entscheiden in den Zentralen der Macht, den Führungsetagen von Politik und Wirtschaft nahezu ausschließlich Männer, welche Lebensmittel angeboten werden. Solange Eigenarbeiten wie Hausarbeit und Subsistenzlandwirtschaft mit den Maßstäben der Betriebswirtschaft gemessen und in der Berechnung des Volkseinkommens unterbewertet werden, wird sich am Hunger unter den Landarmen und strukturell benachteiligten Kleinbäuerinnen nichts ändern.

Zur Vermeidung des Elends unter den Bäuerinnen des Südens muss der subventionierte Export von Agrarüberschüssen der Europäischen Union weltweit ganz und vollständig abgebaut werden. Solange die Landwirtschaft und die Lebensmittelindustrie in den reichen Ländern staatlich unterstützt wird, dürfte man in Ländern, die nicht in der Lage sind, ihre Bauern zu subventionieren, nicht exportieren. Andererseits dürfen die reichen Nationen letztere nicht durch Hygienebestimmungen oder überzogene Zertifizierungsaufgaben (im Falle von organischer Produktion) vom Markt ausschließen und marginalisieren. Würden jene 320 Milliarden Dollar, die die reichen Länder des Nordens alljährlich für die Subventionierung ihrer Landwirtschaften ausgeben, in die Umstellung auf eine umweltschonende Agrarkultur investiert werden, wäre das Hungerproblem der Welt gelöst.

Die Menschen sind zu Selbsthilfe und Selbstversorgung bereit, wenn man sie ohne Zwang und Dirigismus machen lässt. Die erste Voraussetzung dafür wäre die staatliche Anerkennung der "weiblichen" Hausarbeit(en) sowie der bäuerlichen Selbstversorgung, und zwar eben



weil sie außerhalb des Geldkreislaufs stattfindet. Auch wenn diese Arbeiten nicht besteuert sind und daher den Nationalstaaten kein Einkommen erbringen sind es dennoch diese einfachen Arbeiten, die aufgrund ihrer sozialen Komponenten den Kern des (guten) Lebens ausmachen und Familien ebenso wie Gesellschaften zusammenhalten.

Fragen

Wer ernährt wen?

Welche Arten von Landwirtschaft finden wir auf der Erde?

Woher rührt die strukturelle Benachteiligung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft?

Was ist Armut? Was sind die Ursachen aktueller Ernährungskrisen?

Was bedeutet die Frauenfrage in der Ernährungsdebatte?

Welchen Zugang haben die Frauen zu Land?

Wozu entstand die Weltbank? Was ist der Sinn von IWF und SAP?

Was änderte sich hinsichtlich der Landwirtschaft mit Gründung der WTO und den TRIPS?

Welche Modelle der Beendigung des Hungers gibt es – wie unterscheiden sie sich von einander?

Literatur

Agarwal, Bina, Geschlechterfragen und Umwelt: Anregungen aus Indien, in: Ruth Klingebiel, Shalini Randeria (Hrsg.), Globalisierung aus Frauensicht – Bilanzen und Visionen, Bonn 1998, 239-293.

Akther, Farida, Nayakrishi Andolon, Eine Kleinbauern Bewegung in Bangladesh, in: Elisabeth Meyer-Renschhausen, Renate Müller und Petra Becker (Hrsg.), Die Gärten der Frauen – Zur sozialen Bedeutung von Kleinstlandwirtschaft in Stadt und Land weltweit, Herbolzheim 2002, 197-210.

Alexandratos, Nikos (Hrsg.), World Agriculture Towards 2010 – An FAO-Study, Rome 1995.

Baratta, Marion von (Hrsg.), Fischer Weltalmanach 2004. Frankfurt a. M. 2003.

Bayer, Otto, Thomas Kutsch und H. Peter Ohley, Ernährung in der Gesellschaft - Forschungsstand und Problembereiche, Opladen 1999.

Bergmann, Theo, Agrarreform und ländliche Entwicklung, in: J.H. Hohnholz (Hrsg.), Die Armut der ländlichen Bevölkerung in der Dritten Welt, Baden-Baden 1980.

Blanckenburg, Peter von, Hans-Dieter Cremer, (Hrsg.), Handbuch der Landwirtschaft und Ernährung in den Entwicklungsländern, Bd. 2, Nahrung und Ernährung, 2. völlig Neubearb. Auflage, Stuttgart 1983.

Blanckenburg, Peter von, Welternährung, München 1996.

Boserup, Ester, Die ökonomische Rolle der Frau in Afrika, Asien, Lateinamerika, Stuttgart 1982.

Braßel, Frank, Michael Windfuhr, Welthandel und Menschenrechte, Bonn 1995.

Braumann, Randolph (Hrsg.), Afrika wird totgefüttert - Plädoyer für eine neue Entwicklungspolitik, Hamburg/Zürich 1986.

Braun, Joachim von, F. Bellin-Sesay, T. Feldbrügge, F. Heidhues, Verbesserung der Welternährung in den Entwicklungsländern. Forschungsberichte des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Bd. 123, München/Köln/London 1998.

Breining-Kaufmann, Christine, Hunger als Rechtsproblem – völkerrechtliche Aspekte des Rechtes auf Nahrung, Zürich 1990.

Brown, R. Lester, State of the World - A Worldwatch Institute Report on Progress Toward a Sustainable Society, Washington 1996.

Brot für die Welt (Hrsg.), Sicherung der Welternährung – Zu Ordnung, Politik und Situation der Weltge-



treidemärkte, bearbeitet von Rudolf Buntzel, September 1997.

Buntzel-Cano, Rudolf, Den Preis zahlen die Armen. Auswirkungen der neuen europäischen Agrarpolitik auf den Süden, in: Politische Ökologie Nr. 90, September 2004, 44-47.

Collins, Joseph, Frances Moore Lappé, Vom Mythos des Hungers, Frankfurt a.M. 1980/1984.

Creemers, Lutgarde, Städtische Landwirtschaft und Landnutzungsrechte am Beispiel Nairobis, in: Elisabeth Meyer-Renschhausen, Renate Müller und Petra Becker (Hrsg.), Die Gärten der Frauen – Zur sozialen Bedeutung von Kleinstlandwirtschaft in Stadt und Land weltweit, Herbolzheim 2002, 85-98.

Cremer, Hans-Diedrich (Hrsg.), Nahrung und Ernährung, 2. völlig neubearb. Auflage, Stuttgart 1983.

Davis, Mike, Die Geburt der Dritten Welt – Hungerkatastrophen und Massenvernichtung im imperialistischen Zeitalter, Berlin/Hamburg/Göttingen 2004.

Decker, Claudia, Eher Startschuss als Ziellinie: Das WTO-Abkommen von Genf, in: Internationale Politik, Sept. 2004, 87-91.

Dossier Welternährung. Getreide – Mal Spekulationsobjekt, mal Überlebensmittel, Nr. 3. 2001.

Donner, Jochen, Eid, Uschi, de Haas, Jochen, Der Welternährungsgipfel- ein Round-Table-Gespräch mit Jochen Donner, Uschi Eid und H. Jochen de Haas, in Dossier: Welternährung (2/1997), Spektrum der Wissenschaft. 108-114.

Durrer, Martin, Aufstand der Verdammten – Die Landlosen sind zur größten sozialen Bewegung Brasiliens herangewachsen, in: Die Weltwoche, 24.9.1998.

Eggers, Kurt, Uwe Korus, (Hrsg.), Ökolandbau in den Tropen, Heidelberg 1995.

Elwert, Georg, Hunger in der Dritten Welt – Krise der Subsistenzproduktion und Anti-Agrarpolitik, in: Karin Fiege, Luiz Ramalho, (Hrsg.), Landwirtschaft = Hungerwirtschaft? Umbrüche und Krisen in den Agrarsystemen

der Dritten Welt, Saabrücken/ Fort Lauderdale 1984, 37-52.

Erlar, Brigitte, Tödliche Hilfe - Bericht von meiner letzten Dienstreise in Sachen Entwicklungshilfe, Freiburg: Dreisam Verlag 1985, 11. Aufl. 1988.

Ernährung sichern. Nachhaltige Landwirtschaft - eine Perspektive aus dem Süden, bearbeitet von Rachel Hine, Frankfurt a.M. 2001.

FAO, Gender and Law - Women's Right in Agriculture, FAO Legislative Series, vol. 76, Rom 2002.

FAO, Gender Issues in Agriculture and Rural Development policy in Asia and the Pacific, Rom 1999.

Food First – FIAN Magazin, Nr. 1 / 2004: Null-Hunger – Aufbruch in Brasilien?.

Glaeser, Bernhard, Die Krise der Landwirtschaft - Zur Renaissance von Agrarkulturen, Arbeitsberichte des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung - Forschungsschwerpunkt Umweltpolitik Frankfurt am Main/New York 1986.

Hauchler, Ingomar / Messner, Dirk / Nuscheler, Franz (Hrsg.), Globale Trends 2004/2005. Fakten, Analysen, Prognosen: Frankfurt/M. 2003.

Hirn, Gerhard, Wo bleibt die soziale Globalisierung? in: Der Kritische Agrarbericht Wiedenbrück/Hamm 2004, 71-78.

Holl, Anne (Hrsg.), Die Wiederkehr der Gärten – Kleinlandwirtschaft im Zeitalter der Globalisierung, Innsbruck/Wien/München 2000.

Illich, Ivan, Selbstbegrenzung – Tools for Conviviality, Reinbek bei Hamburg 1982.

Kaller-Dietrich, Martina, Das Recht auf Ernährung, in: dies., (Hrsg.), Recht auf Entwicklung? Jahrbuch des österr. Lateinamerika Instituts, Wien 1998, 19-44.

Kerkow, Uwe, Das Geschäft mit dem Hunger, in: Welternährung 2001, Nr.3.

Korneffel, P. C. Tenbrock und U. Uchatius, Kaffee ist



ihr Schicksal, in: Die Zeit 28.11.2002, 19-20.

Lappé, Frances Moore, Diet for a Small Planet, Michigan 1972; deutsch: Die Öko-Diät, Frankfurt a.M. 1978.

Lee, Richard, Irvin DeVore, Kalahari-Hunter-Gatherers – Studies of the !Kung-San and their Neighbours, Cambridge 1968.

Lutzenberger, José, Franz-Theo Gottwald, Wege aus der Ernährungskrise, Frankfurt a.M./New York 1999.

Meadows, Dennis, Die Grenzen des Wachstums – Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, München 1972.

Meyer-Renschhausen, Elisabeth, Der Streit um den heißen Brei, Herbolzheim 2002.

Meyer-Renschhausen, Elisabeth, Meyer-Renschhausen, Elisabeth, Julia Kemna und Renate Müller, (Hrsg.), Welternährung durch Ökolandbau?, Berlin 2002.

Meyer-Renschhausen, Elisabeth, Renate Müller und Petra Becker, (Hrsg.), Die Gärten der Frauen – Zur sozialen Bedeutung von Kleinlandwirtschaft in Stadt und Land weltweit, Herbolzheim 2002.

Meyer-Renschhausen, Elisabeth, Unter dem Müll der Acker - Community Gardens in New York City, Königstein/Taunus 2004.

Mies, Maria, Globalisierung von unten – Der Kampf gegen die Konzernherrschaft, Hamburg 2001.

Mies, Maria, Frauen, Nahrung und globaler Handel - Eine ökofeministische Analyse zum Welternährungsgipfel 13.-17.November 1996 in Rom, Bielefeld 1996.

Mies, Maria, Krieg ohne Grenzen - Die neue Kolonisierung der Welt, Köln 2004.

Mies, Maria, Moral Economy und Subsistenz-Perspektive im Norden und Süden, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, 35. Jg. 118. Folge, September 1998.

Mies, Maria, Vandana Shiva, Ökofeminismus - Beiträge zur Praxis und Theorie, Zürich 1995.

Nohlen, Dieter, Lexikon Dritte Welt, vollständig aktualisierte Aufl. 1991 Reinbek bei Hamburg 1991.

Odhiambo, Ojjo, Die Auswirkungen der globalen Getreidepreissteigerungen auf die armen nahrungsimportierenden Länder Afrikas und die Umsetzung der Marrakesh-Entscheidung der WTO zur Ernährungssicherung – Schlussfolgerung aus einer Fallstudie von Kenia, in: Brot für die Welt (Hrsg.), Sicherung der Welternährung, September 1997, 1-31.

Pendegrast, Mark, Kaffee – wie eine Bohne die Welt veränderte, Bremen 2001.

Rahnema, Majid, Armut, in: Wolfgang Sachs (Hrsg.), Wie im Westen so auf Erden, Reinbek bei Hamburg 1993, 16-46.

Rauch, Theo, Armin Haas, Beate Lohnert, Ernährungssicherheit im ländlichen Regionen des tropischen Afrikas zwischen Weltmarkt, nationaler Agrarpolitik und den Sicherungsstrategien der Landbevölkerung, in: Peripherie, 16. Jg. 1996, Nr. 63, 33-72.

Rauch, Theo, Food Security in the Context of Global Markets, Agricultural policy and Survival Strategies, in: Uwe Kracht and Manfred Schulz (Hrsg.), Food Security and Nutrition – The Global Challenge, Münster/New York 1999, 107-129.

Schäfer, Rita, Das Geschlecht der Armut, in: Politische Ökologie 90, September 2004, 30-33.

Schneider, Manuel et.al., (Hrsg.), Zeit-Fraß, Zur Ökologie der Zeit in Landwirtschaft und Ernährung, Politische Ökologie, Sonderheft 8, München 1995.

Schneider, Manuel, 10 Mythen der Landwirtschaft – Fakten gegen Vorurteile, Irrtümer und Unwissen, München 2001.

Schulz, Manfred, Uwe Kracht, (Hrsg.), Food Security and Nutrition - the Global Challenge, Münster/New York 1999.

Sen, Amartya Kumar, Poverty and Famines - An Essay on Entitlement and Deprivation. Oxford 1981.

Sen, Amartya, Lebensstandart und Lebenserwartung,



in: Spektrum der Wissenschaft – Dossier Welternährung, Nr. 2 1997, 40-47.

Shiva, Vandana, Das Geschlecht des Lebens, Berlin 1989.

Shiva, Vandana, Geraubte Ernte - Biodiversität und Ernährungspolitik, Zürich 2004.

Stiglitz, Joseph, Der Schatten der Globalisierung, Bonn 2002.

Streffeler, Friedhelm, Landwirtschaft als Überlebensbedingung in Afrikanischen Städten, in: Elisabeth Meyer-Renschhausen u.a., (Hrsg.) Die Gärten der Frauen, Herbolzheim 2002, 71-85.

Streffeler, Friedhelm, Landwirtschaft in der Stadt – Das Beispiel Afrika, in: Elisabeth Meyer-Renschhausen und Anne Holl, (Hrsg.), Die Wiederkehr der Gärten, Innsbruck/Wien/München: 2000, 64-82.

Teherani-Krönner, Parto, Uta Hoffmann-Altmann, Ulrike Schultz (Hrsg.), Frauen und nachhaltige ländliche Entwicklung, Pfaffenweiler 1999.

Uhlenbusch, Jutta, Ernährungssouveränität versus Ernährungssicherheit – Via Campesina, in: Der Kritische Agrarbericht, Kassel/Rheda-Wiedenbrück/Brämsche 1999, 79-83.

Unesco-Kurier, Aufstand der Bauern gegen Hunger und Gentechnik, 42. Jahrgang Nr.1/2001.

Wichterich, Christa, Die Erde bemuttern - Frauen und Ökologie nach dem Erdgipfel in Rio, Berichte - Analysen - Dokumente, hrsg. v. der Heinrich-Böll-Stiftung, Köln 1992.

Wichterich, Christa, Die globalisierte Frau – Berichte aus der Zukunft der Ungleichheit, Reinbek bei Hamburg 1998.

Wolpold-Bosien, Martin, Die andere Eroberung - US-amerikanische und europäische Agrarexportpolitik und ihre Folgen für den Hunger im Süden der Welt, Rheda-Wiedenbrück 1999.

Woyke, Wichard, Hrsg., Handwörterbuch der inter-

nationalen Politik, Opladen/Bonn 8. aktualisierte Auflage 2000.

Ziegler, Jean, Das Imperium der Schande – der Kampf gegen Armut und Unterdrückung, 4.Aufl. München 2005.

Ziegler, Jean, Wie kommt der Hunger in die Welt? München 2000.

Einschlägige Internetseiten

Blauen Institut Schweiz

http://www.blaue-institut.ch./Pg/pM/pm_nov/pm1033.html

Brot für die Welt

<http://www.brot-fuer-welt.de>

Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

<http://www.verbraucherministerium.de>

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

<http://www.bmz.de/>

Deutsche Welthungerhilfe

<http://www.deutsche-welthungerhilfe.de>

Deutsche Welthungerhilfe – Materialien für Lehrer siehe

<http://www.learn-line.nrw.de/>

Deutscher Entwicklungsdienst (DED)

<http://www.ded.de>

Evangelischer Entwicklungsdienst

<http://www.eed.de>

FAO-aktuell:

<http://www.verbraucherministerium.de/index>

FAO World Food and Agriculture Organisation

<http://www.fao.org>

Food First - Fian Deutschland

<http://www.fian.de>



Forum Umwelt und Entwicklung

<http://www.forumue.de/>

International Fund for Agricultural Development (IFAD)

<http://www.ifad.org/poverty/index.htm>

Misereor

<http://www.misereor.de>

Oxfam

<http://www.oxfam.org>

Die Welthandelskampagne

<http://www.gerechtigkeit-jetzt.de>

World Food Programme der FAO

<http://http://www.wfp.org>

WHO

<http://www.who.int>

Endnoten

¹ Die Verfasserin dieses Textes hält die aus Naturwissenschaften und Ökonomie stammende Sitte, Autoren und Autorinnen beim Zitat in der Klammer ohne Vornamen zu nennen, für eine Misogynie, die Gleichheit vorgibt, wo sie nicht existiert. Dieses Verfahren bringt Autoren als Menschen um einen Teil ihrer Identität auf die sie wie Politiker, Künstler oder Unternehmer angewiesen sind. Diese Zitierform ist tendenziell autoritär und verfälschend, weil sie häufig einzelnen Autoren Forschungsergebnisse von ganzen Forschungsgruppen zuschreibt und diese Zitiermode ist nicht Leserfreundlich, sind doch manche kurze Nachnamen erst nach einigem Stutzen als solche diagnostizierbar.

² Völligen Vegetarismus zu empfehlen, ignoriert jedoch die Lebensweise von Nomaden und jener Kleinbauern, die von der Tierhaltung bzw. einer bäuerlichen Kreislaufwirtschaft leben

³ Allgemein-Besitz, Gemeindewiesen und -äcker (engl. "Commons")

⁴ World Trade Organisation

⁵ Das GATT, General Agreement on Tariffs and Trade, tagte von 1987 bis 1994 in Uruguay.

⁶ Früher durften die einzelnen Staaten, zumal jene des Südens, über ihre Agrarwirtschaft selbst bestimmen und die eigenen Bauern schützen, indem sie Lebensmittelimporte durch hohe Zölle einschränkten.

⁷ Sie erzwingen den Konsens zumeist durch Einzelverhandlungen mit den kleineren Ländern. Konflikte zwischen Mitgliedern der WTO werden von der Schlichtungsstelle, dem "Dispute Settlement Body" behandelt. Wenn diese keine gütliche Einigung erreichen kann, prüft ein Ständiges Berufungsgremium ("Appellate Body") die Entscheidung. Das unterliegende Land muss dem Richterspruch dieser Gremien folgen, oder aber Strafen zumeist in Form von Strafzöllen erdulden. Die Staaten des Südens stellten schnell fest, dass die Handelsliberalisierungen sie drastisch benachteiligten.

⁸ Es entstand 1963 als Unterorganisation der FAO wie diese mit Sitz in Rom.

⁹ Im Jahr 2001 beispielsweise verteilte das WFP Lebensmittelhilfen an 77 Millionen Menschen in 82 verschiedenen Staaten.

Über die Autorin

Elisabeth Meyer-Renschhausen studierte in Marburg und Bremen Soziologie, Politologie und Geographie. Promotion an der Freien Universität Berlin über das sozialpolitische Engagement der ersten Frauenbewegung. Langjährig als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Freien Universität sowie als Gastdozentin an verschiedenen Universitäten des In- und Auslands.

Zwischenzeitig außeruniversitär tätig, sowohl in der außerschulischen wie auch schulischen Jugend- und Erwachsenenbildung wie auch freischaffend als Sozialforscherin und Journalistin. Habilitation für Allgemeine Soziologie mit einer Arbeit über die Profanisierung von Küche und Mahlzeit („Von der schwarzen zur weißen Küche“).

Privatdozentin am Fachbereich Politik und Sozialwissenschaften an der Freien Universität Berlin. Unterrichtet derzeit am Humanökologischen Zentrum der Universität Cottbus Umweltsoziologie im „World Heritage Programm“.

Die Verfasserin arbeitet seit Jahren insbesondere an einer Soziologie der Ernährung sowie der neuen globalen Selbsthilfe- und Subsistenzwirtschaft u.a. durch Community Gardening und Urban Agriculture. Mitglied der Arbeitsgruppe Kleinstlandwirtschaft.



Kontakt

elmeyerr@zedat.fu-berlin.de oder
meyerren@tu-cottbus.de
<http://userpage.fu-berlin.de/~garten/>